

## „Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen zukunftsfest stärken“

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen (Drs. 18/8433)

Anhörung von Sachverständigen durch den Ausschuss für Schule und Bildung am 02.07.2024  
Stellungnahme Prof. Dr. Andreas Blätte, NRW School of Governance (andreas.blaette@uni-due.de)

### Vorbemerkung

Das Anliegen des Antrags, die politische Bildung für die Demokratie im Bildungswesen zu stärken, wird durch aktuelle Entwicklungen in seiner Bedeutung nachdrücklich unterstrichen. Die liberale, pluralistische Demokratie verliert an Selbstverständlichkeit – auch bei jungen Menschen.

Der Verfasser dieser Stellungnahme hat für die *NRW School of Governance* zusammen mit Prof.in Dr. Susanne Pickel die wissenschaftliche Begleitung des 2. Demokratieberichts des Landes Nordrhein-Westfalen<sup>1</sup> übernommen. Der 2. Demokratiebericht wurde dem Landtag im Dezember 2023 vorgelegt. Auf Grundlage der Umfrage zum 2. Demokratiebericht sollen in dieser Stellungnahme Hinweise für ein zielgerichtetes, evidenzbasiertes politisches Handeln gegeben werden. Die in dieser Stellungnahme dargestellten Zusammenhänge basieren zum Teil auf vertieften Analysen, die über die Ergebnisdarstellung im Demokratiebericht hinausgehen (insb. Abbildungen im Anhang).

### Analyse

Nachwahlbefragungen zur Europawahl vom Juni 2024 zufolge lag in Deutschland der Anstieg der Stimmenanteile der AfD bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (16-24-Jährige) bei 11 Prozentpunkten (von 7% auf 16%).<sup>2</sup> Zwei im Vorfeld der Europawahl vorgestellte Studien hatten auf diese mögliche Entwicklung aufmerksam gemacht: Die Trendstudie „Jugend in Deutschland“<sup>3</sup>, die auf einer Online-Befragung mit 2.042 Teilnehmenden beruht, sowie die auf qualitativen Interviews basierende SINUS-Jugendstudie 2024<sup>4</sup> vermitteln das Bild einer jungen Generation, die vielen Unsicherheiten entgegnet und die zum Teil Zukunftsängste hat.

---

<sup>1</sup> Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *2. Demokratiebericht. Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung*. Düsseldorf 2023. Online verfügbar unter: [https://www.politische-bildung.nrw.de/fileadmin/imperia/md/content/projekte/Demokratiebericht/LpBNRW\\_Demokratiebericht\\_2023.pdf](https://www.politische-bildung.nrw.de/fileadmin/imperia/md/content/projekte/Demokratiebericht/LpBNRW_Demokratiebericht_2023.pdf). Im Folgenden kurz „2. Demokratiebericht“.

<sup>2</sup> Vgl. Torben Ostermann, „Junge Menschen wählen anders“, tagesschau.de vom 10.06.2024. Verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/europawahl/wahl/junge-waehler-100.html>, zuletzt aufgerufen am 30.06.2024.

<sup>3</sup> Simon Schnetzer, Kilian Hampel und Klaus Hurrelmann, *Trendstudie Jugend in Deutschland. Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber.* <https://simon-schnetzer.com/trendstudie-jugend-in-deutschland-2024/>. Zur Berichterstattung siehe: <https://www1.wdr.de/nachrichten/studie-jugendliche-deutschland-gen-z-afd-102.html>

<sup>4</sup> Marc Calmbach et al., *Wie ticken Jugendliche? 2024. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2024.

Junge Menschen erfassen die Tragweite des russischen Angriffskriegs für ihre Chancen, in Frieden und Wohlstand zu leben. Zugleich haben sie in einer prägenden Lebensphase die Pandemie mit all ihren Einschränkungen erlebt. Sie haben als Schülerinnen und Schüler auch die Schwierigkeiten der Bildungseinrichtungen und der Politik erlebt, nachvollziehbare Antworten auf das pandemische Geschehen zu finden. Beide Studien vermitteln, dass dies bei einem Teil der Jugendlichen zu einer Verunsicherung führt, ob die plurale Demokratie in der Lage ist, den für sie relevanten Herausforderungen zu begegnen.

Zwei Einordnungen dieser Befunde erscheinen vor dem Hintergrund des Wahlverhaltens junger Menschen bei der Europawahl 2024 angebracht:

- Jugendliche und junge Erwachsene haben noch keine stabil ausgebildete Parteipräferenz, welche die Wahl einer Partei auf Dauer wahrscheinlich machen würde. Das Wechselwahlverhalten junger Menschen ist ausgeprägt. Das Wahlverhalten junger Menschen zugunsten einer in Teilen rechtsextremen Partei bei der Europawahl ist als Anzeichen einer fehlenden Verbundenheit gegenüber der liberalen, pluralistischen Demokratie zu werten, doch zunächst nicht verfestigt und somit auch reversibel.
- Zu den Ergebnissen der Europawahl werden nach Ankündigung des Wahlleiters erst vier Monate nach der Wahl nach Regionen und Altersgruppen differenzierte Analysen vorliegen. Wenn sich Muster der Europawahl 2019<sup>5</sup> nicht grundlegend verändern, liegen die AfD-Stimmenanteile in Nordrhein-Westfalen aufgrund von Ost-West-Unterschieden unterhalb des Bundesdurchschnitts – auch bei den jungen Wählerinnen und Wählern.

Eine für Nordrhein-Westfalen spezifische Datenquelle ist die vom April bis August 2023 durchgeführte repräsentative Befragung zum 2. Demokratiebericht des Landes-Nordrhein-Westfalen. Die Stichprobe umfasst insgesamt 3.149 Befragte. Besondere Relevanz erhält die Befragungen für Folgerungen für das Bildungswesen durch eine gezielte Befragung junger Menschen: Unter den Befragten sind im Rahmen einer Quotenstichprobe auch 502 zufällig ausgewählte 14- bis 18-Jährige, so dass auch für diese Altersgruppe statistisch signifikante Aussagen möglich sind.

Der 2. Demokratiebericht vermittelt auf dieser Grundlage ein grundsätzlich positives Bild der Bindung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Nordrhein-Westfalen an die Demokratie: Der Anteil derjenigen, welche die Demokratie als das politische System sehen, das am besten zu unserer Gesellschaft passt, liegt bei allen Befragten bei 91 Prozent (2. Demokratiebericht, S. 50). Bei den jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren ist dieser Wert noch höher (ebd., S. 125). Eine vergleichbar hohe Zustimmung erfährt die Zufriedenheit mit der Demokratie gemäß Grundgesetz (14-18-Jährige: 91%, 19-25-Jährige: 85%). Auch die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis ist hoch (14-18-Jährige: 71%, 19-25-Jährige: 68%). Bedenklich niedrigere Werte sind bei diesen Fragen hingegen vor allem bei den mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 55 Jahren festzustellen, die Zustimmung zur Demokratie ist erst bei den älteren Alterskohorten wieder höher: Diese demokratiebezogenen Einstellungen verlaufen über die Alterskohorten hinweg U-förmig (vgl. Abbildung 1 im Anhang).

---

<sup>5</sup> Vgl. Bundeswahlleiter / Statistisches Bundesamt, *Europawahl 2019. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen*. Wiesbaden 2019. Online verfügbar unter [https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/b1ddce0c-d4b7-4020-9059-7357d1d8744e/ew19\\_heft4.pdf](https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/b1ddce0c-d4b7-4020-9059-7357d1d8744e/ew19_heft4.pdf)

Mit dem Begriff der „Demokratie“ können allerdings sehr unterschiedliche Vorstellungen verbunden werden. Daher wurde im 2. Demokratiebericht systematisch ausgeleuchtet, ob mit „Demokratie“ die Merkmale einer liberalen, pluralistischen Demokratie assoziiert werden. Darauf basierend wurden als Typen unterschieden:

- a) Demokratinnen und Demokraten,
- b) fragilen Demokratinnen und Demokraten sowie
- c) Antidemokratinnen und Antidemokraten.

Der Anteil der gefestigten Demokratinnen und Demokraten liegt (ebd., S. 72) bei allen Befragten bei zwei Drittel (66 Prozent), bei den jüngeren Altersgruppen über diesem Wert (14-18 Jahre: 72 Prozent, 19-29 Jahre: 73 Prozent). Der Anteil der Antidemokratinnen und Antidemokraten liegt bei den Befragten unter 30 Jahren mit 2 Prozent (14-18 Jahre) und 3 Prozent (19-29 Jahre) unter den 5 Prozent der Gesamtbevölkerung (ebd.).

Das Ergebnis der Europawahl vom Juni 2024 ist mit der Stimmabgabe für die in Teilen gesichert rechtsextreme AfD ein sehr deutliches Warnsignal, dass die Bindung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an die Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Aus den Daten für den 2. Demokratiebericht ergeben sich jedenfalls für den Erhebungszeitraum im 2023 noch keine Hinweise, dass eine frühe Verfestigung antidemokratischer Einstellungen bereits erfolgt wäre.

Vertiefte Analysen der Befragung zum 2. Demokratiebericht vermitteln jedoch die folgenden Muster:

- Die Demokratiezufriedenheit ist in ihren verschiedenen Dimensionen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit höheren Bildungsabschlüssen besonders hoch. Eine einfache lineare Formel, dass die Demokratiezufriedenheit mit den Bildungsabschlüssen steigt, trifft aber nicht zu: Gerade bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit mittleren Bildungsabschlüssen sind, nach (angestrebten) Bildungsabschlüssen gruppiert, bei demokratierelevanten Einstellungen die zum Teil niedrigsten Werte festzustellen (vgl. Abbildung 2, im Anhang).
- Bezüglich der Unterscheidung von Demokratinnen und Demokraten, fragilen Demokratinnen und Demokraten und Antidemokratinnen und Antidemokraten heben sich die Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen (Abitur, Studium) ab von den Personen ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss bzw. mit mittleren Abschlüssen (2. Demokratiebericht, S. 72). Dabei bleiben die Unterschiede zwischen den beiden letztgenannten Gruppen gering. Bemerkenswert ist aber wiederum, dass bei Fragen hinsichtlich der Alternativen zur Demokratie (einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert / Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller regiert) unter den 14-25 Jährigen wiederum beim Vergleich der Bildungsgruppen wiederum die mittleren Abschlüssen die stärkste Unsicherheit bei demokratiebezogenen Einstellungen aufwerfen (vgl. Abbildung 3, im Anhang).
- Im Erklärungsmodell des 2. Demokratieberichts spielt „Deprivation“ als Gefühl, nicht den gerechten Anteil an den Gütern der Gesellschaft zu bekommen, eine wesentliche Rolle. Wer sich in einer solchen Weise zurückgesetzt fühlt, ist anfälliger für eine Abwendung von der liberalen, pluralistischen Demokratie. Bei den mittleren Abschlüssen liegt wiederum der Anteil derjenigen, die glauben, den gerechten Anteil zu erhalten mit 67 Prozent

deutlich unterhalb den Anteilen bei Personen mit höheren Abschlüssen (92 Prozent) und auch denjenigen, die keinen Schulabschluss oder einen Hauptschulabschluss haben (95 Prozent).

Insofern ergeben sich aus den Daten des Demokratieberichts starke Hinweise, dass schulformspezifische Schwerpunktsetzungen angebracht sind, wenn eine Stärkung der Demokratie mit den Möglichkeiten des Bildungswesens erreicht werden soll: Befragte der nicht-gymnasialen Schulformen bemängeln häufiger und deutlicher als die Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen (Abitur, Studium) den geringen Umfang und die fehlende Aktualität eines Politikunterrichts, der sie nicht vorbereitet, sich aktiv und mit Argumenten in politische Diskussionen einbringen zu können. Der Umfang der politischen Bildung ist an den nicht-gymnasialen Schulformen im Vergleich geringer.<sup>6</sup> Oft wird dieser fachfremd erteilt. Politisches Wissen und Selbstwirksamkeit werden insbesondere an den nicht-gymnasialen Schulformen nicht bestmöglich vermittelt (vgl. Abbildung 4, im Anhang).

## Folgerungen

Wenn bei jungen Menschen aus einer kurzfristigen Öffnung für antidemokratische Einstellungen eine Verfestigung solcher Einstellungsmuster würde, so wäre dies eine gravierende Herausforderung für die Demokratie. Der Antrag „Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen zukunftsfest stärken“ spricht insofern bestens begründet auch an, dass eine intensiverte politischen Bildung Vermittlungsformate anbieten muss, die durch Aktualität und Interaktivität Resonanz erzeugt. Junge Menschen informieren sich über digitale Medien über Politik (vgl. 2. Demokratiebericht, S. 135). Ihre Medienkompetenz muss entwickelt werden. Daher müssen Angebote der politischen Bildung auch über diejenigen Kanäle informieren, die ansonsten eine zentrale Quelle von Desinformation und demokratiefeindlicher Agitation sind.

Ein zentrales Problem ist die Differenzierungen des Umfangs und der Qualität der politischen Bildung nach Schulformen. Die Analyse der Daten zum 2. Demokratiebericht zeigt klar: Vertiefte politische Bildung darf kein Privileg für Abiturientinnen und Abiturienten bleiben. Angesichts der Wahrscheinlichkeit, dass junge Menschen für ihre politische Meinungsbildung primär die jeweils aktuellen sozialen Medien nutzen, müssen mehr Anstrengungen unternommen werden, alle jungen Menschen zu befähigen, sich ein unabhängiges Urteil zu bilden. Eine Stärkung der schulischen politischen Bildung an den nicht-gymnasialen Schulformen, einschließlich der politischen Bildung in der Berufsbildung<sup>7</sup> erscheint als Korrektiv zur Wirkmacht anderer Quellen wichtiger als je zuvor.

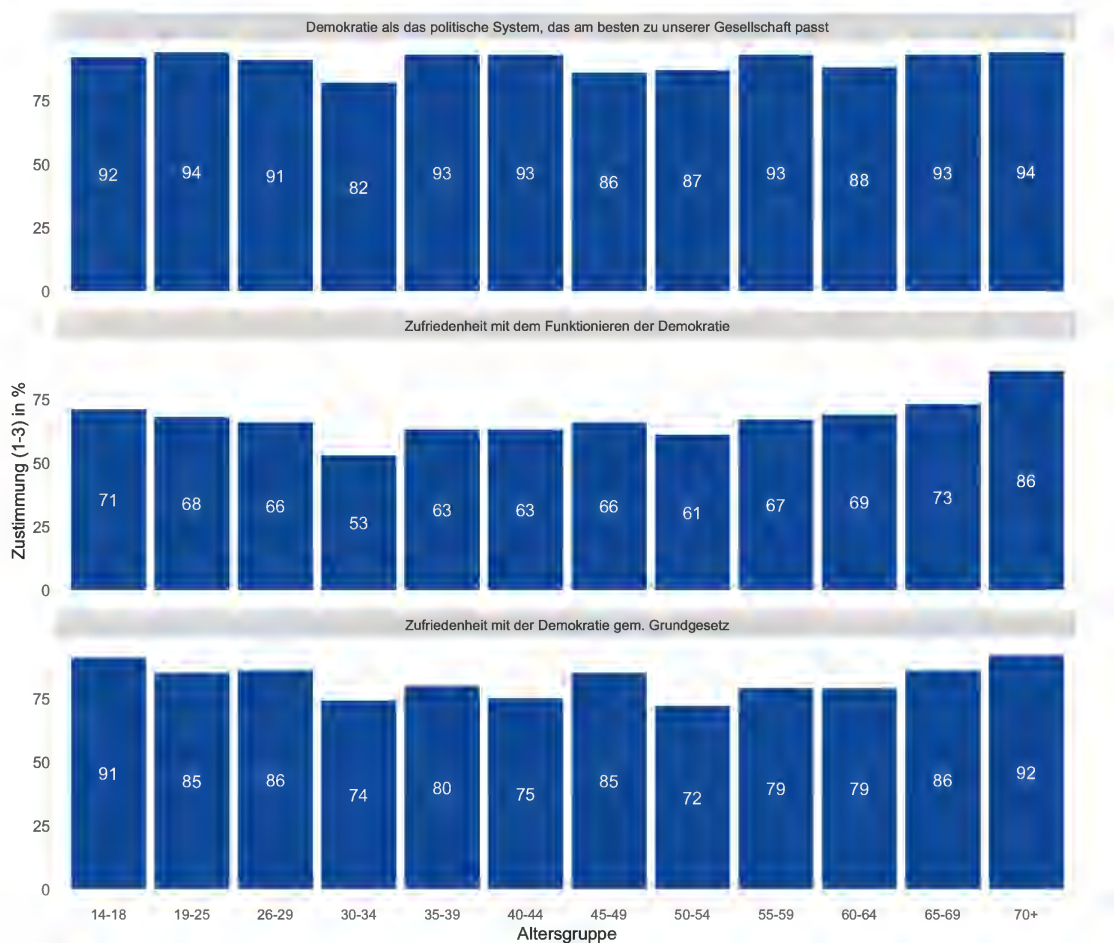
---

<sup>6</sup> Mahir Gökbudak, Reinhold Hedtke, Udo Hagedorn (2022). 5. *Ranking Politische Bildung. Politische Bildung im Bundesländervergleich*. (Working Paper 13; Didaktik der Sozialwissenschaften). Universität Bielefeld. <https://pub.uni-bielefeld.de/record/2967744>, hier S. 25. Siehe auch: Sabine Achour, Susanne Wagner, Wer hat, dem wird gegeben. Untersuchung zur politischen Bildung an Schulen. Zusammenfassung wesentlicher Erkenntnisse, Berlin 2019, verfügbar über: <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15466.pdf>

<sup>7</sup> Vgl. hierzu nachdrücklich Friedrich Hubert Esser, „Die Berufsbildung um Demokratiebildung erweitern“, FAZ vom 08.01.2024, Friedrich Hubert Esser ist Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).

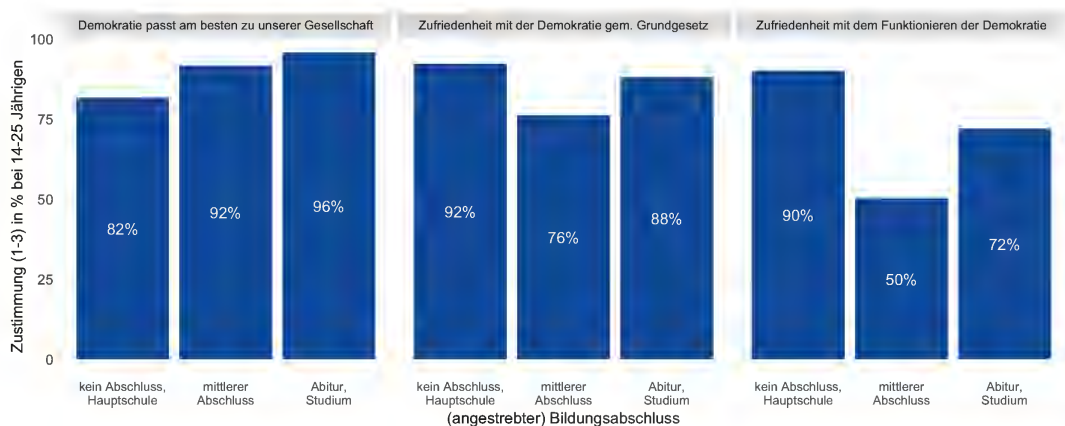
## Anhang: Tabellen und Abbildungen

**Abbildung 1:**  
Demokratiezufriedenheit nach Altersgruppen



Quelle: Umfrage zum 2. Demokratiebericht, eigene Auswertung und Darstellung.

**Abbildung 2:**  
Demokratiezufriedenheit nach (angestrebten) Bildungsabschlüssen (14-25 Jährige)



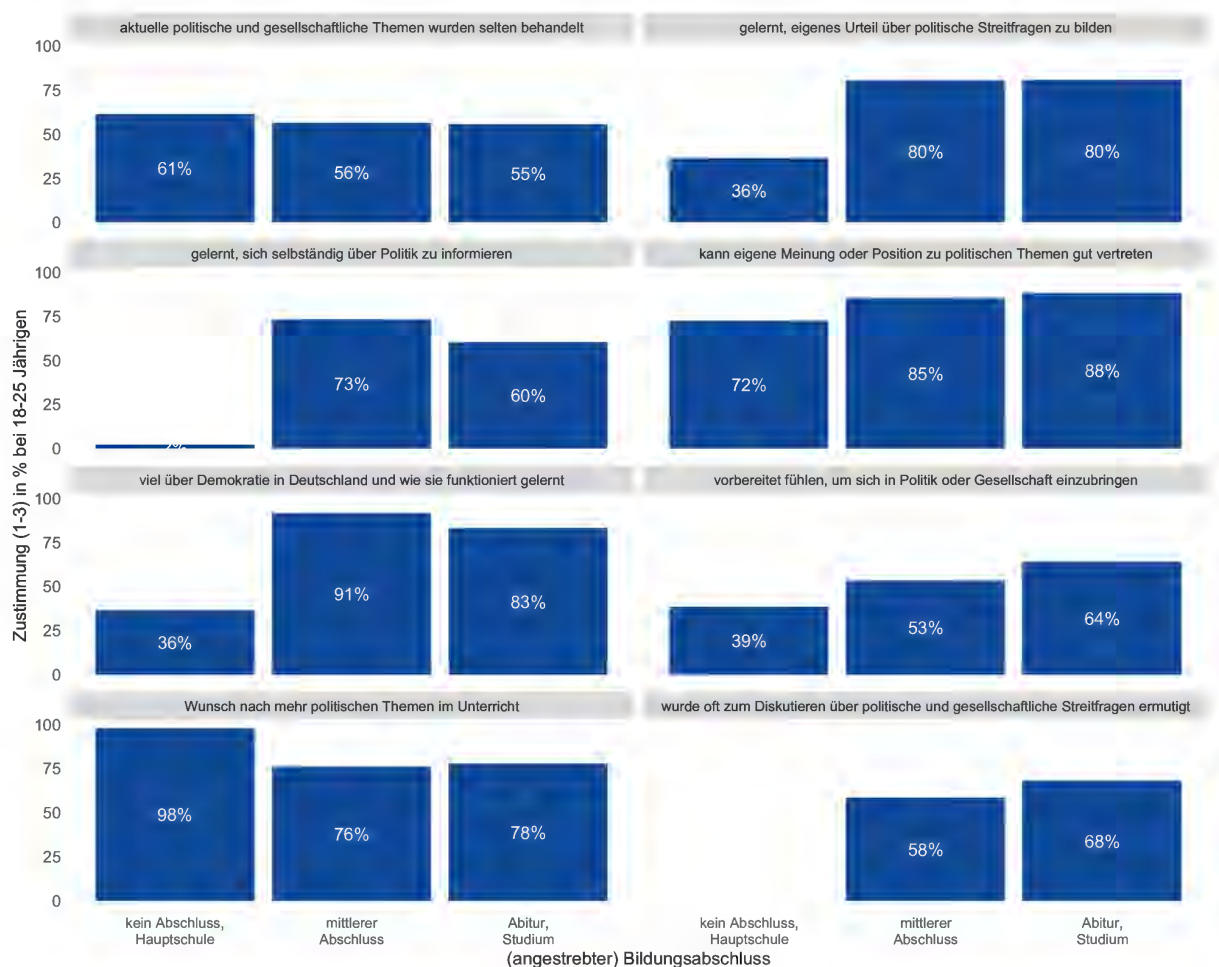
Quelle: Umfrage zum 2. Demokratiebericht, eigene Auswertung und Darstellung.

**Abbildung 3:  
Alternativen zur Demokratie nach (angestrebten) Bildungsabschlüssen (14-25 Jährige)**



Quelle: Umfrage zum 2. Demokratiebericht, eigene Auswertung und Darstellung.

**Abbildung 4:  
Bewertung des Schulunterrichts nach Bildungsabschlüssen (18-25 Jährige)**



Quelle: Umfrage zum 2. Demokratiebericht, eigene Auswertung und Darstellung.